Mit "Nuggizapfen" gegen Grossräte

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **6 (1980)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-359392

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ZÜRICH
Frau und Militär

(br) In Zürich haben wir eine Arbeitsgruppe "Frau und Militär" gebildet. Wir – zurzeit noch vier Frauen – haben bisher Materialien gesammelt und nach eigenen Meinungen zu diesem Thema gesucht. Mit ersten summarischen Resultaten sind wir vor eine Vollversammlung (VV) getreten. Die Frauengruppe um die antimilitaristische Zeitschrift "virus" half uns: sie führte eine "Kriegsszene" auf. Um ein Stimmungsbild der verschiedenen Meinungen zu geben, wie sie in der Schweiz zum Thema "Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung" eingenommen werden, veranstalteten wir ein fiktives Gespräch unter der Leitung einer virus-Frau: Frau Fürhade (alias FHD) informierte die VV über ihre Haltung. Frau Sozialenberg (SP-Frau) widersprach dem – allerdings mit widersprüchlichen Argumenten. Frau Fifferling (Frau für den Frieden) hatte das Heu auch nicht auf derselben Bühne wie Frau Fürhade und verwies auf die lebenserhaltende Eigenschaft der Frauen. Es gab auf dem "Podium" noch Freisinnige Frauen (FDP) und Vertreterinnen des Bundes Schweizer Frauenorganisationen (BSF). Deren Pseudonyme an der VV sind mir leider entfallen. Die BSF-Frau bestritt vehement, in den Fusstapfen des Militärdepartements zu gehen.
Wir teilten uns danach in kleinere Gruppen auf und fragten uns:
- was empfinde ich heute im Jahr 1980 als Bedrohung meiner Existenz, meines Landes?
- kann unser bestehendes Militär dieser Bedrohung entgegentreten?
- wie würde ich reagieren, wenn wir ins Militär, in einen Sozialdienst, einen Zivildienst eingezogen würden?

Die VV brachte eine erste Auseinandersetzung, welche wir weiterführen. Das handfeste Resultat der VV – eine feministische Antwort auf den Ruf nach Militärfrauen – wird (hoffentlich) in der Dezembernummer des (noch) BSF-Heftes "Mir Fraue" nachzulesen sein.

BASEL
Demo gegen Gewalt gegen Frauen

Am Samstag, den 15. November fand in Basel eine Demonstration 'Gewalt gegen Frauen' statt, an der 400 Frauen teilgenommen haben. Diese Demo bildete den Abschluss und Höhepunkt einer ganzen Veranstaltungswoche mit Filmen, Diskussionen, Veranstaltungen, etc. zu diesem Thema. Zum Schluss wurde eine Resolution verabschiedet, die wir hier gekürzt wiedergeben:
Die autonome Frauenbewegung Basel, die sich zur Zeit aus folgenden Gruppen zusammensetzt - Verein Frauenhaus, Frauengesundheitszentrum, Frauenzimmer, Frauenzentrum, Unigruppe, AG ledige Mütter, BFF, FKM, OFRA, Lesbengruppe - haben in dieser Woche auf die vielschichtige Gewalt gegen Frauen hingewiesen. Mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen wurde gezeigt, dass die brutale Gewalt und die Missachtung der Frau nur der sichtbare Ausdruck der allgemeinen Unterdrückung der Frauen ist.
Wir fordern:
Sanfte und ambulante Geburten im Basler Frauenspital
Mehr Frauenarztinnen
Anstellung von städtischen Hebammen
Die Fristenlösung
Ein selbstverwaltetes Haus für misshandelte Frauen
Finanzielle Unterstützung durch die Regierung
Demokratie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, auch zwischen Mann und Frau

BASEL
Ausserordentliche Generalversammlung 30. Oktober 1980

Gleiche Rechte: Wir können uns Zeit lassen, um zu diskutieren, ob wir den Gegenvorschlag unterstützen wollen oder nicht. Wichtig im Moment ist, dass wir eine Kampagne machen, die aufzeigt, dass es in der Realität eben ungleiche Rechte gibt, die mit dem Gegenvorschlag nicht automatisch behoben sind. Als erste machen wir jeden Monat einen Stand im Rahmen der ungleichen Rechte, wobei immer ein anderes Schwerpunktthema im Vordergrund steht. Dazu wurde ein allgemeines Flugi gemacht, das die ungleichen Rechte der Frauen aufzeigt.
Der erste Stand am Mittwochnachmittag, 5. Nov. statt! Es war ein wunderschöner Stand. Jawohl. Es hat sich gelohnt. Der nächste ist am **Samstag, 13. November.**
Komitee Gleiche Rechte:
Bei der Gründungsversammlung konnte man sich nicht einigen. Differenzen zwischen bürgerlichen und linken Frauen. Wenn diese Klärung stattgefunden hat, wird sich die Ofra entscheiden.
Finanzen:
Die monatlichen Festbeträge, v.a. der Sekilohn werden durch die Mitgliederbeiträge nicht gedeckt. Da Spenden nicht mehr so gut laufen wie am Anfang, kommen wir so immer mehr in die roten Zahlen. Darum sollte eine Mitgliederbeitragerhöhung diskutiert werden. Vorschlag Minimalbetrag 60.--, Normal 100.--, Gönnerin 150.--. Nach langer Diskussion anderer Vorschlag: nach Lohneinkommen **prozentuales Steigen** mit Minimalbeitrag. Wird mehrheitlich angenommen. Die genauen Beträge werden noch durch die Kassiererin ausgerechnet. **Also Frauen ab Jan. 81 werden die Beiträge erhöht.**
Die genauen Zahlen kommen im nächsten Versand.
Sekipräsenzzeit:
Vorschlag der Koordination: weniger Präsenzzeit.
Der Vorschlag kam, um auch hier etwas einzusparen.
Es gibt Tage mit viel Telefonen und solche, an denen fast nichts läuft. Das rein Technisch-Administrative liesse sich in weniger als 20 Std. pro Woche machen.
Dagegen wurde gesagt, dass es wichtig ist, dass es in Basel ein regelmässiges Seki für Frauen gibt. Auch ist es für die Ofra wichtig, dass das Seki nicht nur die administrativen Sachen macht, sondern auch eine politische Funktion hat. Der Vorschlag zur Sekireduzierung wird mehrheitlich abgelehnt.

BASEL
Mit "Nuggizapfen" gegen Grossräte

In der letzten Grossratssitzung flogen "Nuggizapfen" auf die Häupter der Ratsmitglieder. Die Wurfgeschosse kamen von der Tribüne, wo sich zahlreiche Frauen mit ihren kleinen Kindern versammelt hatten.
Anlass zu diesem "Bombardement" war die regierungsrätliche Antwort auf die Vorstösse von den beiden Grossrätinnen Gertrud Schweizer (SP) und Christine Stingelin (POB).
In der Emanzipation Nr. 8 haben wir bereits darüber berichtet, dass zwei Frauen, ledige Mütter, von der Vormundschaftsbehörde vorgeladen worden sind, wo man ihnen vorgeworfen hat, sie hätten ihre kleinen Kinder an Demonstrationen mitgenommen und als Schilder gegen Tränengas vor sich hergetragen. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Frauen haben die zwei Grossrätinnen eine Anzahl Fragen zu diesen Vorfällen ausgearbeitet und dem Regierungsrat unterbreitet.
Die Antwort der Regierung war von einer Arroganz ohnegleichen. Auf die meisten Fragen ging sie überhaupt nicht ein. Der Regierungsrat findet die Beschuldigungen der beiden Frauen völlig in Ordnung, obwohl auch er keinerlei Beweise vorlegen kann. Offenbar ist auch er der Meinung, Kinder gehörten nicht an eine Demonstration, schreibt er doch: "Die Polizei hätte einen solchen Vorfall auch dann melden müssen, wenn verheiratete Frauen so unvernünftig gewesen wären, Säuglinge an eine Demonstration mitzunehmen."
Abgesehen davon, dass das eine massive Beschränkung des Demonstrationsrechts für Frauen beinhaltet, will er mit dieser Antwort wohl auch rechtfertigen, wenn die Polizei ohne Vorwarnung mit Gummigeschossen und Tränengas gegen Demonstranten vorgeht.